

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 30.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.
Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf.
Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.
Geschäftsverteilung pro Spaltenzeile oder deren
Raum 25, für Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,

Sonnabend, den 8. Dezember 1906.

Verlag: A. Pohrborg, Hannover, Münzstr. 5.
Verantwortlicher Redakteur:
August Brey, Hannover, Münzstraße 5, III.
Fernsprech-Anschluß 3002.
Druck von E. A. H. Meißner & Co., Hannover.

15. Jahrg.

Zur Beachtung!

Heute ist der Beitrag für die 49. Woche zu begleichen.

Die Steigerung der Lebensmittelpreise.

Die schwere Bedrängnis des deutschen Volkes durch die Steigerung der Lebensmittelpreise, besonders der Fleischpreise, wird mit jedem Tage offensichtlicher und unerträglicher. Namentlich die Teuerung des Fleisches wird in der Arbeiterklasse und bis in die mittleren Schichten des Volkes hinein so drückend empfunden, daß sogar die Reichsregierung dieser offenkundigen Tatsache gegenüber die Augen nicht mehr zudrücken kann. Im Reichstage kam es nun schon zu einer Fleischnot-Interpellation, die, weil das Deutsche Reich zu der Zeit im Landwirtschaftsministerium noch verwaist, nicht sofort beantwortet werden konnte. Ob bei der Beantwortung irgend etwas für die Lösung der Frage Bedeutungsvolles herauskommen wird, ist zum mindesten sehr zweifelhaft, fintemalen, des neuen Landwirtschaftsministers Tage schon mit seinem Antritte gezählt sein wären, wenn er sich gegen die agrarische Wucherpolitik — als Ursache der Teuerung — wenden würde. Jedenfalls wird die Regierung versprechen, „Erwägungen“ und „Erhebungen“ zu veranstalten, wie der Fleischnot abzuhelfen sei. Zum einfachsten Mittel, die Grenzen zu öffnen, wird man kaum kommen. Der deutsche Viehmarkt vermag doch anscheinend, trotz aller gegenteiligen offiziellen Versicherungen, das Bedürfnis des deutschen Volkes gar nicht zu decken. Wenn, wie in der Tagespresse oft zu lesen ist, der Auftrieb von Schlachtvieh auf den deutschen Viehmärkten schon so gering ist, daß wegen der hohen Preise die Kauflust sehr gering ist, so muß das natürlich auf den Detailhandel äußerst ungünstig einwirken und eben für den Einzelverkauf sehr preistreibend sein.

In jüngster Zeit wendet sich die öffentliche Aufmerksamkeit aber auch in erhöhtem Maße der Frage zu, welchen Einfluß die Lebensmittelteuerung auf die sozialen Verhältnisse namentlich der unteren Schichten der Bevölkerung ausübt.

Schließlich wird in jeder Familie ein gewisses Quantum von Lebensmitteln gebraucht, um doch zu guterletzt den Magen zu befriedigen, der sich um die äußere wirtschaftliche Not nicht kümmert. Steigen die besseren und nahrhafteren Lebensmittel stark im Preise, so muß zur Sättigung der Familie eben zu billigeren und schlechteren Nahrungsmitteln gegriffen werden. Die selbstlosen Volksbeglücker, die da sich bemühen, dem armen Manne plausibel zu machen, daß Eeefische, Kaninchen usw. eine nahrhaftere Kost sind, als eine Kinderkeule, haben doch diese Meinung im Volke nicht allzu stark befestigen können; und selbst diese Lebensmittel haben ja jetzt die allgemeine Steigerung mitgemacht. Der schwer arbeitende Arbeiter bedarf einer kräftigen Kost, die ihm Muskeln und Knochen stärkt und ihn so arbeitsfähig erhält. Hat er das nicht, so läuft er Gefahr, leichter krank und zeitiger invalid zu werden. Und so ist jetzt schon die durch Vorstehendes bedingte Tatsache zu konstatieren, daß die Versicherungsträger Klage über darüber anstimmen, daß sie resp. die Klassen unter dieser allgemeinen Lebensmittelmisere zu leiden haben, insofern, als durch die hohen Lebensmittelpreise ein ganz besonderer Anreiz zu Lohnerhöhungen gegeben wird, was zur Folge hat, daß die Kranken- und Invalidenunterstützungen etc. erhöht werden. Müßten doch vielfach die ortsüblichen Tagelöhne, die zur Berechnung der Krankenunterstützung dienen, demzufolge erhöht werden. Schließlich wimmern auch die Berufsgenossenschaften über die Mehrbelastungen, steigt doch auch hier mit dem höheren Lohn die Unfallrente.

Von dieser Erkenntnis ist sogar die Denkschrift des Berliner Magistrats an das Staatsministerium angekränkt. Heißt es doch da: „Jede Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel bietet naturgemäß einen besonderen Anreiz zu Lohnerhöhungen. Denn es liegt auf der Hand, daß auch der bescheidenste Haushalt auf gewisse feste Forderungen in der Lebenshaltung gegründet wird und daß der Ernährer der Familie gezwungen ist, sich um eine Erhöhung seines Lohnes zu bemühen, wenn ihm der bisherige die gewohnte Lebenshaltung nicht mehr ermöglicht.“ Damit ist übrigens doch auch die Berechtigung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, nach höheren Löhnen zu streben, anerkannt und wohl auch die Not von der Befreiung der Arbeiter durch die Forderung bei Stellung von Lohnforderungen abgetan.

Doch das nur nebenher. Es sollte damit nur gezeigt werden, wie jetzt sogar schon Institutionen, wenn auch nur indirekt, von der Teuerung ungünstig berührt werden und schon anfangen, sich dagegen zu wenden. Soweit muß es ja immer erst kommen, ehe wirkliche Abhilfe geschaffen wird: daß nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch andere Interessentkreise eine Last als drückend empfinden. Wieviel muß aber nun der einzelne, der mit geringem Verdienst bedacht unter dieser Teuerung leiden? Man muß in Arbeitervierteln wohnen und wissen, wie da bei den Fleischern jetzt

eingekauft wird. Der große Zentrumsmann und vielgepriesene Sozialreformer, der seinerzeit durch seine wunderversprechenden Kochrezepte sehr berühmt geworden ist, würde seine helle Freude erleben, wie da, der Not gehorchend, seine Kochtheorie in die brutale Wirklichkeit umgesetzt worden ist. Für ein paar Pfennige Knochenfleisch oder Rindertalg werden gekauft, höchstens vielleicht ein halbes Pfund Bauchfleisch, um wenigstens „für Vatern, der arbeiten muß“, ein „kräftiges“ Mittagessen zu bereiten. Frau und Kinder sind schon daran gewöhnt, darauf zu verzichten, wie denn überhaupt die Frauen unter dieser Teuerungsmisere eigentlich am meisten zu leiden haben, kann doch der Mann selbst beim besten Willen nicht mehr Haushaltsgeld geben, wenn sein Verdienst sich nicht gehoben hat; ist doch alles bis auf den Pfennig berechnet. Was ist die Folge von alledem? Der Körper wird wegen Unterernährung widerstandsunfähig und Krankheit und Elend feiern ihren unheilvollen Einzug.

Wie stark der Fleischkonsum herabgegangen ist, drückt sich allein in nachstehenden Zahlen aus. Im dritten Quartal des Jahres 1904 betrug der gesamte Fleischkonsum 577 518 Tonnen; im gleichen Quartal des Jahres 1906 aber nur 546 765 Tonnen. Und das, obgleich sich die Bevölkerung um über eine Million vermehrt hat. Wahrlich, ein schlagender Beweis für die wirtschaftliche Verbesserung und die gehobene Lebenslage des Volkes!

Die Steigerung der wichtigsten Lebensmittel ergibt nach einer Zusammenstellung der offiziellen Marktpreise-Verichte von fünf Großstädten folgendes Bild. Es kostete ein Kilogramm, also 2 Pfund,

Schweinefleisch (1896) 118 Pf. (1905) 156 Pfg., also jetzt mehr 38 Pf.
Rindfleisch (1896) 122 Pf. (1905) 144 Pf.; also jetzt mehr 22 Pf.
Butter (1896) 225 Pf. (1905) 244 Pf.; also jetzt mehr 19 Pf.
Weizenmehl (1896) 28 Pf. (1903) 31 Pf.; also jetzt mehr 3 Pf.
Kartoffeln pro Doppelzentner (1896) 417 Pf. (1905) 595 Pf.; also jetzt mehr 178 Pf.

Nach einer anderen, aus 650 Orten zusammengestellten Statistik ist der Preis

	gestiegen	gefallen	gleich geblieben
Rindfleisch	in 621 Orten,	2 Orten,	12 Orten
Schweinefleisch	" 621 "	3 "	9 "
Kalb- und Hammelfleisch	" 618 "	3 "	14 "
Butter	" 590 "	3 "	23 "
Schweinefett	" 529 "	22 "	75 "
Weizenmehl	" 566 "	19 "	48 "
Woggenbrot	" 317 "	38 "	253 "
Reis	" 304 "	29 "	268 "
Kaffee	" 154 "	58 "	397 "
Zucker	" 148 "	109 "	360 "
Kartoffeln	" 59 "	466 "	74 "
Milch	" 387 "	78 "	148 "
	" 348 "	5 "	274 "

Kaffee und Zucker sind somit eigentlich die einzigen Nahrungsmittel, die im Preise gesunken sind, während die anderen, viel wichtigeren Lebensmittel in der überwiegenden Anzahl von Orten gestiegen sind.

Daran ist ungefähr zu ersehen, welchen Einfluß die Lebensmittelpreise auf das Budget der Arbeiterfamilien ausüben mag. Und angesichts dieser doch nicht wegzuleugnenden Tatsache stellen sich die sozialpolitischen Schönredner und Schamuschläger hin und wollen von einer materiellen Hebung des Arbeiterstandes reden? Und die Schamacher und Pharisäer verdröhen die frommen Augen und flehen den Staat um Bedrückungsgesetze an, damit den nimmerlatten Arbeitern die Streiklust ausgetrieben werden soll! Der Arbeiter hat, in den seltensten Fällen diese namhafte Mehrbelastung durch höhere Löhne ausgleichen können, und wo er es konnte, hat ihm seine Organisation dazu verholfen. Hätte nur die große, noch abseits stehende Masse einen ungefähren Einblick in unser Wirtschaftsgetriebe genommen, so würde sie Zweck und Wert der Organisation wohl schon erkannt haben und durch Eintritt in die Gewerkschaft und tatkräftige Mithilfe an der Verbesserung unserer Lebenslage geholfen haben. Wer es bis jetzt noch sollte veräumt haben, der hole das Veräumte durch um so zeitigeren Eintritt in unseren Verband nach und schaffe doppelt emsig in der Organisation, denn nur sie schafft uns einen Ausgleich zwischen Lohn und Lebensmittelveuerung!

Vom Elend der Zuckerrabritarbeiter im Herzogtum Braunschweig.

Wenn irgendwo bei schwerer Arbeit Unterdrückung wohnt und Bedürfnislosigkeit ihr Unwesen treibt, so bei den Zuckerrabritarbeitern, jener zwischen Land- und Industriearbeit pendelnden Arbeiterkategorie, die unter den Schädlichkeiten beider Erwerbsarbeitsgebiete sich abquält. Trifft das schon im allgemeinen zu, so ganz besonders im Herzogtum und der Stadt Braunschweig. Hier ist diese Industrie sehr um-

fangreich vorhanden. Im Monat Oktober waren hier 30 Fabriken mit 7650 Beschäftigten im Betrieb. Während des Monats Oktober gelangten allein 3 374 933 Doppelzentner Zuckerrüben zur Verarbeitung. Dies ist etwa der zehnte Teil der deutschen Gesamtproduktion während dieses Monats; Braunschweig ist jedoch nur der 150. Teil des Deutschen Reiches. Den hier herrschenden Lohn- und Arbeitsverhältnissen ist das Signum eines bedauerlichen, stagnierenden Tiefstandes ausgedrückt. Wie äberte polnischer, galizischer und tschechischer Arbeiter und Arbeiterinnen sind von den Arbeitgebern herangeholt worden. Die reguläre Tagesarbeitszeit beträgt meistens 12 Stunden. Der Lohn für männliche Arbeiter schwankt zwischen 20—24 Pf. pro Stunde. Arbeiterinnen verdienen 10—14 Pfennige.

Diese niederen Löhne haben denn auch eine Ueberstunden-Mißwirtschaft sondergleichen großgezogen. Eine von der Verwaltungsstelle Braunschweig angenommene statistische Umfrage ergab eine durchschnittliche Tagesarbeitszeit von 15 1/2 Stunden unter 426 Befragten. An den Sonnabenden werden in der Mehrzahl der Betriebe 18-, 24-, ja 36stündige Schichten gearbeitet. Garderobenräume, Speiseräume und Wascheinrichtungen fehlen; wo solche doch bestehen, sind sie äußerst primitiv und vollständig unzureichend. Allen Organisations- und Verbesserungsbestrebungen der Arbeiter stand eine gereizte, eigentümliche Feindschaft der Arbeitgeber gegenüber. Die letzteren hatten Einrichtungen geschaffen, die Arbeiter zu fesseln und darniederzufallen. Während der ganzen Kampagne wurden von jeder Schicht 25 Pf. Lohn einbehalten, welche Gelder den Arbeitern verloren gingen, wenn sie vorzeitig, selbst auch ohne Schuld, das Arbeitsverhältnis lösten. Wer sich weigerte, halbe Ueberstunden zu machen, also pro Tag 18 Stunden zu arbeiten, wurde kurzerhand entlassen. Diese seit Jahren bestehenden Mißverhältnisse haben denn auch die armen Teufel, die das Unglück haben, in solchen Zuckerrabriten arbeiten zu müssen, geistig und körperlich herunterkommen lassen.

Endlich aber ist es nun gelungen, Regelung und Bewegung auch in diese Masse zu bringen. Die Aufklärungsarbeit wiederholter Betriebsversammlungen, die emsige, unendliche Agitation tüchtiger Betriebsvertrauensleute und lokal gehaltene polnische und tschechische Flugblätter bewirkten, daß auch die letzten Indifferenten den Schut der Organisation suchten. Nunmehr konnte an eine gut vorbereitete Lohnbewegung gedacht werden. Den im Stadtgebiet Braunschweig liegenden fünf Zuckerrabriten mit 900 Beschäftigten wurden Forderungen eingereicht, die als Hauptpunkt einen Minimallohn von 30 Pf. für Männer und 18 Pf. für Arbeiterinnen vorsehen. Sonntagsarbeit sollte mit 10 Pf. Aufschlag pro Stunde vergütet werden. Auf die einzelnen Positionen der umfangreichen Affordarliste wurden Erhöhungen von 10 bis 60 Prozent verlangt. Die Differenz dieser letzten Forderung erklärt sich aus der Ungleichheit und der besonders schlechten Entlohnung der Affordarbeiten. Die seitens des Verbandsbevollmächtigten mit den einzelnen Betriebsleitungen wiederholt und mehrstündig gepflogenen Unterhandlungen haben in ihren Resultaten und Zugeständnissen eine Grundlage geschaffen, auf der es möglich sein dürfte, eventuell den Frieden in den Arbeitsverhältnissen zu erhalten.

Der geforderte Minimallohn von 30 Pf., steigend für schwerere Arbeitsposten bis 36 Pf., ist von 2 Betrieben anerkannt worden. Drei andere Betriebe haben einen Minimallohn von 28 Pf. pro Stunde zuerkannt. Das sind Aufbesserungen von 4—8 Pf. pro Stunde. Die Arbeiterinnenlöhne wurden um 2—3 Pf. ebenfalls erhöht. Die einzelnen Affordpositionen wurden durchweg um über die Hälfte des geforderten Mehrbetrages erhöht. Ferner wurde zugesagt: die Erbauung und Unterhaltung genügender Abortanlagen, Wascheinrichtungen, die Heizung der Garderoben- und Frühstücksräume. Ganz besonders aber wurde in dem einen größeren Betriebe zugesagt, daß für die Folgezeit der verdiente Lohn vollständig zur Auszahlung gebracht wird, — Lohnbehaltenungen also wegfallen. Unsere Organisation und der Arbeitsnachweis wurden anerkannt. Eine zahlreich besuchte Versammlung sämtlicher Zuckerrabritarbeiter nahm den hier nur kurz ange deuteten Verhandlungsbericht entgegen und stimmte mit 540 Stimmen der nachstehenden Resolution bei:

„Die versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen sämtlicher Zuckerrabriten Braunschweigs haben Kenntnis genommen von dem Resultat der Verhandlungen unseres Verbandsbevollmächtigten mit den einzelnen Betriebsleitungen der Zuckerrabriten. Die Versammelten sind der Meinung, daß, wenn auch die gemachten Zugeständnisse nicht alles das enthalten, was die Beschäftigten in ihren Lohnverhältnissen aufgestellt haben, vorläufig ein abwartender Standpunkt einzunehmen ist, bis nach dem kommenden Lohnzahlungstage genau zu ersehen ist, bis zu welcher Höhe die einzelnen Beschäftigten nach dem erhöhten Tarif bezahlt worden sind. Die Vertrauensleute, Betriebsbelegierten und Verbandsmitglieder verpflichten sich, auf die Durchführung dieser Beschlüsse zu achten und enthalten sich eines jeden selbständigen Vorgehens, bis die

Produktionskosten durchaus auf den Abgabepreis geschlagen werden müssen, und nicht vom Kapitalprofit in Abzug zu bringen sind, jedenfalls zeigt der Brief von einer gerechten Würdigung des Bestrebens der Arbeiterorganisation. Da vorläufig der Briefschreiber unter den Seifenfabrikanten in der Rolle des weissen Raben sich befindet, so muß es Aufgabe der Organisation sein, durch Aufklärung dahin zu wirken, daß die Vorteile der tariflichen Abmachungen auch wirksam werden können, trotzdem ein großer Teil der Seifenindustriellen heute in ablehnender, die Arbeiterorganisationen bestrickender Stellung verharren.

Wachstumsvermögen. Nachdem man in Forest bei Brüssel in der Seifenfabrik der Gebrüder Lever die guten Folgen des Achtstundentages neu erprobt, ist aus Deutschland zu berichten, daß der Eigner einer Seifenfabrik zu gleich günstigen Ergebnissen mit der Einführung des Achtstundentages gekommen ist. Es ist eine Toilette- und Parfümerienfabrik im Kreise Offenbach. Der Fabrikinspektor berichtet, der die Fabrik nicht näher bezeichnet, bemerkt: Wahrscheinlich (in der Verkürzung der Arbeitszeit) ging eine Fabrik vor, die etwa 165 Leute beschäftigt. Diese Fabrik, welche bisher täglich 10 Stunden arbeiten ließ und außerdem Frühstück- und Vesperpause gewährte, hat im Sommer 1906 freiwillig erst beschworen, dann durch Änderung der Arbeitsordnung eine achtstündige Arbeitszeit eingeführt. Während früher die zehnstündige Arbeitszeit in die Zeit zwischen 7 Uhr morgens und 7 Uhr abends fiel, währt die jetzige achtstündige Arbeitszeit von 7¹/₂—11¹/₂ Uhr vorm. und 12¹/₂—4¹/₂ Uhr nachm. Außer durch eine einstufige Mittagspause wird diese Arbeitszeit durch keine weitere Pause unterbrochen. Auch die jugendlichen Arbeiter haben entsprechend § 136 der Gewerbeordnung keine Frühstück- und Vesperpause. Die Löhne hat die Firma entsprechend erhöht. Die Fabrik hat bisher günstige Erfolge erzielt, denn nach den bisherigen Erfahrungen ist die tägliche Leistung der Arbeiter gegen früher die gleiche geblieben.

Wir möchten den gleichartigen Unternehmungen, besonders der großen Mannheimer Seifenfabrik, die durch ihre Bombenreliefe die Aufmerksamkeit auf sich lenkt, empfehlen, es auch einmal auf einen Versuch mit der Einführung des Achtstundentages ankommen zu lassen. Die da beschäftigten Kollegen dürften sicher damit einverstanden sein, vorausgesetzt, daß mit Verkürzung der Arbeitszeit eine Lohnerhöhung verbunden.

Aus dem Elß.

Wir möchten heute einige Zeilen den Arbeitsverhältnissen unseres Landes widmen. Die Konzentration in Schillingheim beschäftigt ungefähr 500 Personen, in der Mehrzahl Arbeiterinnen, die den Bestrebungen der Organisation höchst gleichgültig gegenüberstehen, daher auch ein Kontrollsystem sich gefallen lassen müssen, das der Leitung ermöglicht, die Arbeiterinnen und Arbeiter über jede Minute Arbeitszeit kontrollieren zu können. Auch die Bezahlung hat des Einflusses der Organisation entbehrt. Beim Kaffeelotterien sind Wochenverdienste von 3-4 M. keine Seltenheit. Die Champagnerfabrik „Big Bara“ hat einen sehr christlichen Herrn zum Leiter, der es mit deren sonstigen Grundbesitz vereinbar hält, die Arbeiter mit Anfangslöhnen von 2,80 M. zu beglücken. Auch da haben die Arbeiter nicht begriffen, wie stark sie sind, wenn sie sich der Organisation anschließen. Sie scheinen der Meinung zu sein, daß die Arbeiter einen höheren Lohn, als zur Deckung der geringsten Lebensgewohnheiten unbedingt erforderlich ist, nicht notwendig haben. Als dritte zu dem Bunde gefügt sich die Kunstseidenfabrik im Volksmund „Galer“ (die Galer) genannt, die in puncto Desillusierung des Arbeiterschweiges in klingenden Kapitalprofit das möglichste leistet. Hier wissen die Arbeiter im Sommer wohl, daß die Arbeit morgens um 5 Uhr beginnt, wann aber Feierabend ist, weiß niemand. Hier ist es sogar am letzten Ostermontagabend vorgekommen, daß bis 5 Uhr des Ostermontagsmorgens gearbeitet werden mußte. In einer Zahl von Fällen, die mehr als Ausnahme bezeichnet werden müssen, bis 10, 11-12, ja 2 Uhr des Nachts die Organisation wird nicht geduldet. Als ahnungsvoller Engel weiß der Herr Fabrikant sehr wohl, daß die Organisation solche menschenmörderische Arbeitszeit nicht dulden würde. Wer sich organisiert, muß den Fabrikanten von den Pantoffeln schütteln. Im Winter ist das Gegenteil von langer Arbeitszeit zu verzeichnen. Da werden halbe Tage gearbeitet, eine Anzahl wird ganz entlassen, trotzdem allen Winterarbeit bei Annahme der Arbeit versprochen wird. Wer am Punkt 5 Uhr morgens im Sommer die Arbeit nicht antritt, wird mit 50 Pfg. Strafe belegt, also mehr als einen Stundenlohn, der 30-33 Pfg. beträgt. Den Verband will der Herr, trotzdem er weiß, daß auch bei ihm gegen die Organisation der Arbeiter für die Dauer kein Kränlein gewachsen ist, nicht haben. Dem Schreiber dieser Zeilen erklärte er:

„Ich weiß wohl, daß meine Arbeiter über kurz oder lang sich organisieren werden, aber ich will es vorläufig noch nicht haben; es sind mir fremde Feger an der Arbeit, welche unsere zufriedenen Gläubiger aufheben, aber ich werde das nicht dulden.“ Es liegt somit nur an den Arbeitern, wie lange sie sich die Ausübung eines Menschenrechtes verweigern lassen wollen. Nicht besser sieht es in der weiteren Umgebung aus. Die Ziegeleien in Hönheim, Sülz und Sülzweierheim usw. bergen Unmengen von Elend und Not. Lärger Lohn und übermäßig lange Arbeitszeit sind an der Tagesordnung. Überall weist das Pfaffenamt, das gekörnte und das geschüttelte, sich als Bundesgenosse des Kapitals auf, was wir richtig in Hochfelden beobachten konnten. Hier hatten wir eine gutbewachte Zieglerveranmlung abgehalten und auch eine ganze Anzahl Kollegen für den Verband gewonnen. Kaum waren wir wieder fort, als auch schon der Herr Pfarrer unterwegs war und allen Arbeitern mit den schwarzeiten Höllestrafen drohte, wenn sie in diesen „sozialdemokratischen“ Verband gingen. Wir können trotzdem mit dem Erfolg zufrieden sein. In diese festerste Ecke des Elß hat die Sonne der Organisation hineingeleuchtet und den Arbeitern ihr Elend gezeigt. Die nächste Zeit wird zeigen, daß die Saat, die gesät ist, auch aufgeht und für die Arbeiter Früchte reifen läßt. Noch besser verstand es der Pfarrer in Schweighausen. Hier war es was gelungen, für die Arbeiter der Papierfabrik eine Versammlung abzuhalten und eine große Anzahl dem Verbande zuzuführen. Am Dienstag darauf ging dieser Vertreter der christlichen Nächstenliebe ins Bureau und hatte eine stundenlange Konferenz mit dem Direktor. Das Resultat war, daß am nächsten Sonntag im Schulhause eine Versammlung tagte, wozu die Einladungsblätter vom Postier am Eingang zur Fabrik verteilt wurden. Ein Herr Zimmerlich aus Straßburg sollte, unter Mithilfe des Herrn Pfarrers, die Arbeiter für das christliche graphische Verbändchen gewinnen. Unser Vertrauensmann hatte von der Sache Wind bekommen und erschien in der Versammlung. Die Versammlung, anfänglich schlecht besucht, gestaltete sich zu einer gutbesuchten, nachdem bekannt geworden, daß ein Rechtskampf zwischen unserem Vertrauensmann und den christlichen Organisationsgeplitterten zu erwarten war. Nach einer Schimpfspiel des Herrn Referenten über die freien Gewerkschaften nahm der Vertrauensmann das Wort und zerpflückte unter dem Beifall der Zuhörer, unterbrochen von den Bittensbrüchen des Referenten, Einverständnis und einiger werksbegleiteter Anhänger, die Ausführungen des Referenten. Auch unerschrocken er nicht, die arbeiterliche Laib der „Christlichen“ trübt zu beleuchten. Als Erfolg verzeichneten wir zunächst eine Anzahl Zusatzen und Stärkung des Bundes der vorhandenen Mitglieder. Aber nun offenbarte sich die christliche Nächstenliebe in einem Akte der häßlichsten Unbuddlichkeit: unser Vertrauensmann wurde arbeitslos gemacht. Trotzdem werden die Herzen die Beobachtung machen, daß die Organisation nicht untergezwungen werden kann. Daß man auf diesen Vertriebe in Verabfolgung von Prägen pünktlicher ist als in Auszahlung des für die Firma eines verstorbenen Kollegen gezeichneten Beitrages, dürfte den dort arbeitenden Kollegen ja bekannt sein.

Den Christlichen scheint die dixeriale Gewandlung auch nicht mehr. Der Bevollmächtigte des graphischen Verbandes, der Nachweisermeister war, ist zum Schmeißer avanciert und jetzt ganz anlassen. Beweis, daß die Unternehmer auch auf christliche Organisationen pfeifen. Die Arbeiter sollen eben gar nicht organisiert sein. Schaffen wir daher eine einheitliche Organisation der Kollegen in unserem Verlande. Trotz aller Hindernisse, Verleumdungen und Belästigungen konnten wir hierzu einen vielbeschäftigten Anfang machen. Daher unerschrocken vorwärts!

Soziale Rundschau.

— Neber des Beschäftigungsgrad im Oktober berichtet das Reichsarbeitsblatt u. a., daß die Ziegelindustrie weniger lebhaft als im Vormonat, jedoch stärker als im Vorjahr beschäftigt war.

In der chemischen Industrie war der Geschäftsgang normal. Ein unbefriedigender Geschäftsgang wird nur aus der Fabrikation von Glyzerin und verwandten Produkten berichtet. Die chemische Großindustrie hatte bei ausreichendem Arbeitsangebot befriedigend zu tun. Das gleiche gilt von den Farbenfabriken, wo stellenweise lebhafter Geschäftsgang Ueberstunden nötig machte. Teilweise wurde die Versendung durch den Binnenschiffverkehr auf der Elbe beeinträchtigt. Nach anorganischen Produkten, nach organischen Säuren, nach Cerefin, Gelatine, Ochrom, nach Zellstoffen war die Nachfrage auch im Oktober lebhaft, teilweise noch stärker als vorher. Im allgemeinen war das Arbeitsangebot ausreichend und die Arbeitszeit normal, doch fehlten vielfach, z. B. in der Cellulosefabrikation, besonders weibliche Arbeitskräfte. Außerordentlich starker Arbeitermangel wird aus der Extraktindustrie gemeldet; hier waren Lohnerhöhungen bis zu 15 Prozent allgemein. Der Eingang von Aufträgen für die Herstellung chemischer, technischer und pharmazeutischer Präparate war gut, in Berlin, Frankfurt a. M. und Mannheim wurden die Löhne erhöht. In den Berichten wird teilweise Arbeitermangel, teilweise Ueberangebot angegeben.

In der Weißblech-Entzinnungsindustrie war die Beschäftigung reger als im September dieses und als im Oktober vorigen Jahres. Bleiprodukten- und Zinkweißfabriken waren dagegen ungenügend beschäftigt; der Elbschiffverkehr war auch hier fühlbar. In der Dortmunder und Stolberger Zinkfabrikation war dagegen der Geschäftsgang normal.

Die Arbeitslage in der Kaliindustrie wird verschiedentlich geschildert. Teilweise war die Beschäftigung gut, wenn auch weniger lebhaft als im Vormonat und Vorjahr, teilweise sehr unbefriedigend, besonders im Vergleich zum Vorjahr. Der Schiffverkehr auf der Elbe sowie Wagenmangel wirkten lähmend auf den Geschäftsgang. Arbeitermangel wechselte mit Ueberangebot.

Die Papierindustrie hatte, mit teilweiser Ausnahme der Kartonnagenbranche, allgemein flott zu tun. Die im September beendete Reifensaison in der Tapetenindustrie hat nicht überall befriedigende Ergebnisse gehabt. In Berlin und Sachsen wurden die Löhne um 5 bis 10 Prozent erhöht und waren Ueberstunden erforderlich. Die Druckpapierfabriken hatten starken Arbeitermangel. Nur aus Frankfurt a. M. wird ein stellenweiser Rückgang der Beschäftigung berichtet.

Für die Spiritusindustrie war die Beschäftigung sowohl im Inlandsverbrauch wie im Export gut und lebhafter als im gleichen Monat 1905; Arbeitsverhältnisse und Arbeitszeit waren im allgemeinen normal. Die inländische Branntweinerzeugung war schwächer als im Oktober des Vorjahres, der Absatz auch hier lebhafter.

Schokoladen- und Zuckermaschinenfabriken, Zigarrenfabriken hatten bei normalen Arbeitsverhältnissen befriedigend, oder infolge Weihnachtsbestellungen gut zu tun.

Man darf beim Lesen der vorstehenden Zeilen nicht außer acht lassen, daß die Berichterstattung an das „Reichsarbeitsblatt“ über die Böhnung der Arbeiter im wesentlichen von Unternehmerorganisationen besorgt wird.

— Die Posenener Spiritfabrik A.-G. verzeichnet einen Reingewinn von 450 331 M. Es kommen 18 Prozent Dividende, die einer Summe von 243 000 M. entsprechen, zur Verteilung.

— Die Elberfelder Papierfabrik, Aktiengesellschaft, welche im vorigen Geschäftsjahre 20 Prozent Dividende an ihre Aktionäre verteilte, kann dieses Jahr nur 7 Prozent zur Ausschüttung bringen. Dieser für Gelddarlehner immer noch hohe Zinsfuß genügt aber den vermehrten Dividendenschulden nicht, und die Leitung des Werkes machte sich einige absprechende Bemerkungen, die in den bürgerlichen Blättern folgende Mitteilung:

„In der Aufsichtsratsitzung legte die Direktion den Abschluß für das Geschäftsjahr 1905/06 vor. Während das Elberfelder Werk wieder mit gutem Nutzen gearbeitet hat, hat das neue Bielefelder Stabiliment, welches erst einige Monate und nur teilweise in Betrieb war, Erträge noch nicht erbringen können. Die Fabrikationsverluste, welche naturgemäß bei partiellem Betrieb in den ersten Monaten entstehen mußten, sowie die erheblichen Kosten der Behebung der Obligationen anliehen fielen dem Gewinn aus dem Elberfelder Werke zur Last. Aus dem hiernach verbleibenden Bruttoüberschuß wird die Verteilung einer Dividende von 7 Prozent auf das erhöhte Aktienkapital von 3 000 000 M. (20 Prozent im Vorjahr) vorgeschlagen. Der weiteren Entwidlung des Bielefelder Werkes steht die Direktion durchaus zuversichtlich entgegen.“

Eins der bürgerlichen Blätter, welche diese Mitteilung bringen, spricht von einer schweren Enttäuschung der Aktionäre. Man erachtet es also in diesen Kreisen für ganz selbstverständlich, daß Dividenden von 20 Prozent herausgewirtschaftet werden müssen. Ohne Zweifel wäre es den Kapitalisten, die Geld in dieses Werk gesteckt haben, angenehmer, wenn ein Dividendenrückgang nicht zu verzeichnen wäre, und sie die Aussicht hätten, in kurzer Zeit auch den Bielefelder Betrieb rentabel zu sehen. Man wird kein Wort des Tadels oder der Enttäuschung finden, wenn die Werksleitung das durch Lohnschinden, vorgekommen an den Arbeitern, ermöglicht. Aber an den Löhnen der Papierfabrikarbeiter ist nichts mehr zu schinden.

Vom sozialen Kampflage.

— Berlin. Wegen Bormahme einer Sammlung für die streikenden Hartgummireifen wurden erst die gesamten Kollegen, die auf der Döblerischen Hartgummi- und Zellulosewarenfabrik, Hochstraße, arbeiteten, ausgesperrt. Allerdings wollte die Firma wieder eine Anzahl von etwa 30 Leuten weiter beschäftigen und hatte auch bereits Anweisung gegeben, die keine Betriebsmaschine in Gang zu setzen. Doch konnte dies Vorhaben nicht ausgeführt werden, weil einmal keine Heizer mehr zur Stelle waren und dann auch die zum Weiterarbeiten angeforderten Leute die Ansicht vertraten, daß wenn die Firma aus reinem Uebermut doch einmal an Entsperrten sei, auch alle 180 Arbeiter gemeinsam, und nicht nur 150, treten könnten. Sie machten, bis auf wenige Einzelgenossen, also gemeinsame Sache mit den übrigen Kollegen und führten den Fabrikanten in der von ihm gewünschten „Ruhe“ ebenfalls nicht weiter. Der Betrieb steht nun völlig still. Das Organisationsverhältnis der Entsperrten ist ein gutes. Die wenigen Unorganisierten aber haben jetzt gar plötzlich einsehen gelernt, daß auch das beste Sozialverhalten und die größte Beschäftigung dem Unternehmern gegenüber dieses doch keineswegs abhilt, sobald es ihm in den Kram paßt, auch seine allerzufriedensten Arbeiter auf Pfäfer zu werfen. Eine gute Meinung für alle Arbeiter, sich rechtzeitig zu organisieren.

— Hannover. Der Streik bei der Firma J. H. Bende, Hannover-Bismarck, dauert fort. Da die streikenden gefunden, kräftigen Leute auf der Straße liegen, nimmt die Firma Arbeiter an,

die früher nicht für gut befunden wurden, eingestellt zu werden, ja sogar Invaliden läßt sie durch die Post benachrichtigen. Dabei wird ein hoher Lohn garantiert, jedenfalls nicht 16,50 oder 18 Mark. Obendrein wird noch vom Kontraktbeamten Tonnelling versucht, Arbeitswillige zu bekommen. Ein W. Schulz macht in Bismarcker Wirtschaften für die Firma Bekkame. Bemerkenswert ist es, daß die Ausländer erst auf acht Tage zur Probe arbeiten müssen, denn den betreffenden Arbeitern kostet die Unternehmung beim Kontrakt 75 Pf. Wie verlautet, haben bei der Firma im verflochtenen Sommer nicht weniger als 170 Arbeiter angefangen und wieder aufgegeben. Es wird kein denkbarer Arbeiter gelassen nach einem solchen Laubenschlag.

— Hannover. Der Streik auf der Gummi-Kamm-Kompagnie in Dümmer dauert ununterbrochen fort. Alle dem entgegenstehenden Gerüchte sind unwahr, werden durch einige Arbeitswillige und Arbeitswilligen-Bermitter ausgebreitet, um die Ausständigen zu beeinflussen und die öffentliche Meinung irreführend zu machen. Wenn von Seiten der Direktion in der „Gummi-Zeitung“ und den hiesigen bürgerlichen Blättern mit einer größeren Zahl von Arbeitswilligen operiert wird, so macht dies auf die Ausständigen wenig Eindruck. Man weiß genau, welcher Qualität diese „besonders nützlichen Elemente“ größtenteils sind. Daß die Direktion in Verlegenheit ist, beweist die krampfhafteste Anstrengung, Arbeitswillige zu erhalten. Außer den Meistern, die sich alle erdenkliche Mühe geben, ihre alten eingearbeiteten Leute zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, sind am Orte noch ein Kesselmeister aus Uthem und ein Farbenlieferant aus Hannover als Streikbrecher-Agenten für die Firma tätig. In allen niedersächsischen und pommerischen „General-Anzeigern“ werden Streikbrecher für die Firma gesucht. Und mit was für Leuten nimmt man schließlich Frauen, welche kurz vor der Niederkunft stehen, Personen, die Aussicht haben, in einigen Tagen „krank“ zu werden, verdrängte Leistungen aus dem bürgerlichen Lager usw. Man kann sich denken, welche Arbeit dort „fertiggestellt“ wird. Besonders die Abnehmer der Firma dürften lange Freude an den jetzt fabrizierten Waren haben. Die Direktion dürfte doch wohl mit der Zeit einsehen, daß mit geübten Arbeitern vorteilhafter zu arbeiten ist. Tief beschämend ist jedoch, daß sogar Frauen organisierter Arbeiter aus den verschiedensten Gewerkschaften es nicht unter ihrer Würde halten, sich ebenfalls zu Arbeitswilligendiensten herzugeben und damit den Streikenden den Kampf zu erschweren. Das sollte man denn doch einfach für unmöglich halten! In der „Weser-Zeitung“ werden in einem großen Inserat „nützliche Arbeiter bei hohem Lohn“ gesucht. Zwei Arbeiter aus Nienburg kamen nach Dümmer, wo ihnen ein Lohn von 4 Mark versprochen wurde, und die Direktion erklärte sich bereit, die Ausgaben für Kost und Wohnung, soweit diese 10 Mark übersteigen, noch extra zu zahlen. Auf den Wunsch der Direktion, ihr noch so schnell wie möglich 25-30 Leute zu besorgen, sind die beiden Arbeiter denn auch sofort wieder abgefahren. Die Direktion möge sich nur die Zeit nicht lang werden lassen!

— Der Streik der Gummiarbeiter in Dümmer-Hannover hat an Schärfe zugenommen. Außer den Gummiarbeitern haben nun auch die Handwerker (Schlosser, Dreher usw.) die Arbeit niedergelegt. Wenn die Direktion mit einer großen Zahl von Arbeitswilligen operiert und die Dessenlichkeit zu beeinflussen sucht, so kann dies die Streikenden wenig imponieren. Man weiß, welche Qualität diese Elemente sind. Kostwertige Arbeiter und Arbeiterinnen sind keine Hundert im Betriebe. Im Auslande befinden sich noch ca. 1100 Personen. Tagtäglich kommen Ueberläufer der ersten Wochen wieder heraus, teils weil sie ihren Fegler einsehen, teils bisher Unorganisierte, welche nicht weiterarbeiten können, weil die Hauptkräfte fehlen. Die Direktion dürfte doch wohl bald einsehen, daß mit ihren alten eingestellten Kräften vorteilhafter zu arbeiten ist. Die Kollegen der Orte mit Gummiindustrie müden ein wachjames Auge haben, daß uns der Zugang geübter Kräfte ferngehalten wird. Das ist jedenfalls die beste Unterlegung.

— Heilbronn. Ein ganz annehmbarer Erfolg wurde durch das Vorgehen unserer Organisation in der Mechanischen Zwirnerlei Southeim erzielt. Der Lohn wurde für Arbeiter um 20 bis 30 Pf. und für Arbeiterinnen um 15 bis 25 Pf. pro Tag erhöht. Mögen nun auf Grund ihres Erfolges die Kolleginnen und Kollegen dafür sorgen, daß diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, welche aus von den ca. 800 dort Beschäftigten noch fern stehen, bald dem Verbände zugeführt werden. Den Beweis, daß durch eine strenge Organisation etwas erreicht werden kann, haben Sie jetzt erbracht. Darum hinein in den Verband.

Korrespondenzen.

Altona-Ottensen. In der Versammlung am 15. November sprach Genosse B. H. über das Krankenversicherungswesen. Redner unterzog in erster Linie das jetzt bestehende Krankenversicherungssystem einer Kritik, wobei besonders auf die Schädlichkeit der jetzigen Zersplitterung hingewiesen wurde. Auf Grund eines umfangreichen statistischen Materials wurden die Vorteile der Mitglieder bei einer Verschmelzung sämtlicher bestehenden Krankenversicherungsklassen zu einer einzigen großen Ortskrankenkasse nachgewiesen. Redner streifte dann kurz das Krankenversicherungsgesetz und verlangte in erster Linie zum Zweck der Vorbeugung von Krankheiten eine bessere Ueberwachung der Werkstätten und Arbeiterwohnungen. Zum Schluß lobte dem Referenten reicher Beifall. (Seider kommt man nicht zu den gleichen Schlußfolgerungen bezüglich der Verschmelzung von Zählstellen. D. H.) Heffe erwiderte hierauf den Vorschlag der Bevollmächtigten auf Veränderung des bestehenden Zählstellenverhältnisses und empfahl die Annahme desselben. Es wurde demgemäß beschlossen. Sch. ersuchte hierauf um eine bessere Beteiligung an den Kurzen des Bildungsbereichs.

Dortmund. Eine fürchterliche Explosion hat sich in Annen ereignet. Dort liegt die Roburitfabrik, Gen. mit beschränkter Haftung. Diese ist durch Explosion zerstört. Nach den Präzedenzfällen sollen bis zum Donnerstagabend 9¹/₂ Uhr bereits 23 Leichen gefunden worden sein. Die Zahl der Schwerverletzten wird auf 50 beziffert. Dazu kommen noch circa 100 leichtere Verletzungen. Das Roburit ist ein aus Dinurochlorobenzol und salpetersaurem Ammonium hergestellter brennender Sprengstoff. Es wird als Pulver in wasserdichten Patronen verwandt und gilt als ziemlich ungefährlich und unempfindlich. Die Ursache der Explosion wird in einem Brand gesucht, der amends 7¹/₂ Uhr im Fabrikgebäude ausbrach. Kurze Zeit nach Ausbreitung des Feuers erfolgte die erste Explosion. Das Feuer brach in Wirkungsraum aus. Der Brand plangte sich auf den Backraum fort, wo die erste Explosion erfolgte. Der Heizer Seiler wurde durch den Luftdruck gegen das benachbarte Gebäude geworfen und war sofort tot. Der Kessel explodierte und der glühende Dampf strömte aus. Direktor Franke, der bei der ersten Explosion gerade dem Lagerraum verließ, erlitt eine Verletzung am Kopf. Der Scheinwerfer Dr. Kunz, der aus dem Laboratorium herauskam, wurde sofort getötet. Verschiedene Feuerwehrlöcher wurden beim Abbruch schwer verletzt; mehrere Personen wurden dabei leichter verwundet. In dem Lagerraum lagerten zur Zeit des Brandes circa 600 Kisten zu 40 Kilogramm Roburit. Der Meister der Würtener Schießpulverfabrik Biermann, der zur Zeit des Unglücks bei Verwandten zu Besuch war, wurde getötet, ebenso ein Schüler Namens Grotzfeld. Von dem Publikum, das bei dem Brand bei am Werk eingekommen hatte, wurden zahlreiche Personen bei der zweiten Explosion verletzt. Ein Arbeiter, der seinen Anzug holen wollte, wurde getötet, ein anderer Arbeiter, der die Bücher aus dem Bureau räumen zu retten versuchte, wurde von dem Luftdruck wieder geschlagen, jedoch konnte er sich leicht verletzen. Mehrere Leuten wurden verlohrt aufgefunden. Der Polizeikommissar Fetzlitter aus Witten wurde ebenfalls verletzt, desgleichen der zweite Bürgermeister Menzel aus Witten. Mehrere in der Nähe des Werks liegende Häuser sind teilweise eingestürzt. In Witten, Dörbe und Annen sind viele Fenster und Fensterrahmen durch den Luftdruck herausgeschleudert. Die Bewohner von Annen sahen gerade beim Abendrot, als die erste Explosion um 8 Uhr 20 Minuten erfolgte. Daran schloß eine Feuerkugel aus der Roburitfabrik, die weit im Umkreis gesehen wurde. Es wurde sofort Großfeuer gemeldet. In wenigen Minuten waren die ersten Schützlinge an der Stelle der Katastrophe. Einige beherzte Feuerwehrlöcher drangen zu nahe an dem Ort der Explosion. Sie wurden mit schweren Verletzungen demma-

ragen. Dessenungeachtet wagte sich die Feuerwehr erneut vor, um den Feuerherd zu bekämpfen. Die zweite Explosion um 9 Uhr 25 Minuten war noch fürchterlicher als die erste. Die Dampfgewölke kamen mit schredensbleichen Gesichtern in die Stadt zurück. „Im Osten der Stadt hat sich ein fürchterliches Unglück ereignet!“ hieß es. Die Krankenhäuser wurden sofort geöffnet, um die Verwundeten aufzunehmen. Erst in der Vormittagsstunde konnte der ganze Umfang der Katastrophe übersehen werden. Früh 6 Uhr erfolgte eine neue Explosion.

Der erste Schlag der Roburiteplosion wurde 8 Uhr in Dortmund hörbar, wo er durch seine Gewalt eine starke Aufregung hervorrief. Kein Mensch vermochte sich eine Erklärung zu geben. Die Fenster klirrten, die Häuser bebten, und selbst der Boden zitterte. Räden wurden abgerissen und zerstückelt. Man glaubte an ein Erdbeben. Dann sah man aber Samarkiterkolonnen nach dem Bahnhof eilen, und jetzt wußte man, daß die Roburitefabrik bei Annen in die Luft geflogen war. Um 9 Uhr 15 Minuten erdröhnte der zweite noch gewaltigere Schlag. Ein gerade fälliger Schnellzug wurde auf dem Bahnhofsplatz förmlich in die Luft gehoben. Die Fahrgäste verließen erschreckt die Kupes, und eine Frau fiel in Krämpfe. Dann sprang sie auf und schrie: „Die Welt geht unter!“ Gegen 10 Uhr trafen die ersten Flüchtlinge aus Annen und Witten in Dortmund ein. Manchem gingen die Kleider in Fetzen vom Leibe herunter. Der gewaltige Luftdruck hatte sie zerrissen.

Brandis. Die der Zahlstelle Leipzig angeschlossenen Mitglieder von Brandis hielten am Sonntag, den 18. November, im „Parsifal-Saal“ daselbst eine Versammlung ab mit der Tagesordnung: „Auflösung von Leipzig und Anschluss an Weimar“. Der Referent, Agitationsleiter Kollege Jesselbarth, ging in seinem Referat des näheren auf die Differenzen ein und zeigte den Kollegen in verständlicher Weise den Nutzen, den die Kollegen bei ausbrechendem Streik und Ausperserungen von einer großen Zahlstelle haben. Mit schärfen Worten kritisierte Redner die persönlichen Reibereien, die nur geschadet sind, das gewerkschaftliche Leben in einem kleinen Orte lahm zu legen und jeden Fortschritt unmöglich zu machen. Treffend wies der Referent auf die wirtschaftliche Lage hin, die Kollegen gleichzeitig ermahnen, alles das zu meiden, wodurch eine Zerplitterung der Arbeiterschaft herbeigeführt werden kann. In der darauf folgenden Debatte wurde einstimmig beschlossen, der Zahlstelle Leipzig weiter anzugehören. Kollege Müller wurde hierauf als Vertrauensmann für Brandis gewählt. An denselben sind sämtliche Anfragen und Beschwerden zu richten, welche der Verwaltung zu Leipzig übermitteln werden. Kollegen, durch diesen Beschluß habt ihr begriffen, daß es einer einigen und gut disziplinierten Arbeiterschaft bedarf, um der Interessengemeinschaft des Kapitals, welches immer mehr mit dem Mittel der Arbeiterausperserung operiert, in wirksamer Weise entgegenzutreten. Darum fort mit allen rein persönlichen Rivalitäten, allen persönlichen Gesichtspunkten. Kollegialität und Solidarität soll und muß das ausschlaggebende sein; Kollegen, das betätigt ihr am besten dadurch, wenn ihr unablässig für eure Organisation agitiert.

Galle a. S. Die lange angelegte Verschmelzungsfrage ist endlich gelöst worden. In einer am Freitag bei Streicher in Halle anberaumten gemeinsamen Mitgliederversammlung wurde nach den vorerwähnten Ausführungen der Kollegen Sad, 2. Vorsitzenden vom Hauptverband in Hannover, und Gauleiter Grohmann, Magdeburg, der Zusammenfluß der Zahlstelle Halle mit den umliegenden kleinen Zahlstellen Bruchdorf und Mieleben vollzogen. Die Zahlstelle Annenbors hat den Anschluss noch nicht beschlossen. Es soll erst noch einmal in einer Versammlung der Anzahl beschlossen werden. Es wurde beschlossen, daß die Verschmelzung am 1. Januar 1907 erfolgt, dann soll ein Geschäftsführer angestellt werden. Außerdem ist eine Kommission, aus 7 Kollegen bestehend, gewählt worden. Die gefassten Beschlüsse werden dazu beitragen, eine bessere Agitation entfalten zu können, außerdem können aber auch die Geschäfte der Zahlstelle viel besser im Interesse der Kollegen erledigt werden.

Kall. Sonntag, den 18. November, tagte im Lokale des Herrn Fischer am Höhenberg eine öffentliche Versammlung, in der Kollege Hund aus Kall über das Thema sprach: „Wie wirkt die Verwertung der Lebensmittel auf die Lage der Arbeiter?“ An der Hand zahlreicher statistischer Materials wies der Redner die ungeheure Preissteigerung aller Lebensmittel nach, unter der die Arbeiter infolge der unersättlichen Profitgier der Großgrundbesitzer und der Zollwucherpolitik zu leiden haben. Auch besprach der Vortragende die von Jahr zu Jahr steigenden Dividendenausstattungen in allen größeren Industrien, zu denen die Löhne der Arbeiter bei der heutigen Lebensmittelverwertung, hohen Mieten usw. in keinem Verhältnis stehen. Leider, so führte er weiter aus, begreift es ein großer Teil der Arbeiter immer noch nicht, daß der einzelne gegenüber der Ausbeutung des Unternehmertums machtlos ist. Namentlich unsere Kollegen haben unter den heutigen Verhältnissen zu leiden, da sie als Lohnlose gezwungen sind, die ungesundeste und schmutzigste Arbeit zu verrichten und ohnedem auch am schlechtesten bezahlt werden. Darum Kollegen schließt euch dem Verbände an, der in den letzten Jahren schon so erprobte Dienste für seine Mitglieder durch die Erhöhung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen geleistet hat, und der ungezogen seiner Stärke von über 120 000 Mitgliedern und seiner zahlreichen Unternehmenseinrichtungen in vielen Kottagen für seine Mitglieder eintreten kann. Dem Redner wurde reichlich Beifall gezollt.

Langenberg. Sonntag, den 18. November, tagte für die in Aga und Umgebung wohnenden Kollegen eine Versammlung in Aga. Kollege Wirth aus Eisenberg sprach über die Bedeutung des Wortes Solidarität. Am Schlusse des lehrreichen Vortrages wies Redner auf die traurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen in den beiden Zentren in Aga und Kruschwitz hin und ermahnte die Anwesenden, Kollegen, tatkräftig zu agieren und für den Verband zu wirken, damit die noch fernstehenden Kollegen gewonnen werden für die Organisation. Die Lohnverhältnisse im Agaer Konwert sind der Verbesserung sehr bedürftig. Belommen doch Arbeiter, die 25 Jahre ununterbrochen in diesem Betrieb tätig sind, 19-22 Pf. die Stunde; die Arbeitszeit ist 11-12 Stunden täglich. Die Behandlung der Arbeiter durch den Herrn Direktor Rasch ist auch nicht über jede Kritik erhaben. In der Versammlung wurden mehrere Aufnahmen gemacht und werden deren noch mehrere folgen, wenn die Kollegen im Sinne des Referates tätig sind.

Mägeln. Bei der Versammlungsbericht in Nr. 25 des „Proletarier“ gelesen und daneben die Vertretung der Direktion von der Briefumschlagfabrik liest, wird ohne Zweifel zu dem Ergebnis kommen, daß die Vertretung aus Verlegenheit und zu dem Zwecke eingefandt worden, die Fabrik reinzuwaschen. Der Schreiber des Versammlungsberichtes hat keine unrichtige Darstellung gegeben; wenn er nicht erschöpfender die Sache behandelte, so lediglich aus Rücksicht auf die Firma, eine Maßnahme, die allerdings ganz unangebracht war. Wenn es der Firma un bequem ist, daß einige ihrer nicht einwandfreien Maßnahmen der Öffentlichkeit bekannt werden, so ist es nicht Schuld der Vertretung. Die Firma hat es in der Hand, solche Maßnahmen nicht bekannt werden zu lassen, nämlich dadurch, daß sie solche nicht unternimmt. Gewiß muß es ihr unangenehm werden, wenn ihre Handlungen den Gegenstand öffentlicher Kritik bilden, schon aus Rücksicht darauf, daß sie in hiesigen Tageszeitungen fortgesetzt Arbeiterinnen suchen muß. Aber gerade in Rücksicht auf diese Arbeiterinnen, die sich veranlaßt sehen können, bei der Briefumschlagfabrik Arbeit zu nehmen, ist es notwendig, daß wir in bezug auf die Zustände in dieser Fabrik sagen, was ist. Das sind wir unteren Arbeitstollegen schuldig. Wir würden unsere Aufgabe als Organisationsleiter: die Vertretung der Arbeiterinteressen wahrzunehmen, gerichtlich vernachlässigen, wenn wir die Arbeiterinnen nicht warnen, und nicht sagen, so und nicht anders liegen die Dinge auf diesem Betriebe. Daß wir leider nicht in der Lage sind, von der Leitung bezüglich Entlohnung und Behandlung der Arbeiterinnen und Arbeiter gutes berichten zu können, ist nicht unsere Schuld. Es liegt aber in der Hand der Fabrikleitung, das zu ändern. Als getreue, wahrhaftige Chronisten nehmen wir dann ohne weiteres Notiz von den Maßnahmen, die zur Verbesserung des materiellen und geistigen Wohles der Arbeiterinnen erfolgen. Vorläufig müssen wir noch einmal auf die Ursachen des Prozesses zurückkommen. Im Juli dieses Jahres wurden 20-25 unserer Kolleginnen mit 16 und 35 Pf. bestraft. Von den Strafen entfielen 6 bis 25 Pf. auf Schadenersatz, weil die Kolleginnen angeblich schlecht gearbeitet haben sollen, und 10 Pf. auf Strafe. Die mit Abzug bestraften wurden tags darauf durch eine Kommission bei Herrn Ankermit vorkellegt, um ihm mitzuteilen, daß nicht sie, sondern die Maschine an der schlechten Arbeit schuld sei. Da Herr Ankermit mit der Kommission nicht verhandelte, erklärten die Kolleginnen, daß sie nicht früher wieder anfangen zu arbeiten, bis der zu unrecht vorgenommene Abzug unwirksam sei. Darauf verhandelte Herr Ankermit. Das Ergebnis der Verhandlung war, daß der Abzug, welcher wegen Schadenersatzes erfolgt war, zurückstattet werden sollte, die Strafe aber bestehen bleiben sollte. Wie die Unternehmer oder ihre Vertreter in allen solchen Dingen, welche die Empörung der Arbeiter ganz elementar entfachen, den Rädelshüter suchen, so auch hier Herr Ankermit. Der vermeintliche Rädelshüter muß dann das Opfer darstellen, das dem industriellen Absolutismus gebracht wird. Eine Vertreterin hatte gesagt, alle Arbeiterinnen wollten vor Redressierung der Strafe nicht anfangen. Es fand sich aber eine Kollegin, die erklärte, daß sie davon nichts wisse, sie wolle weiter arbeiten. Nun sollte die Vertreterin gelogen haben und eine Buße von 25 Pf. leisten. Die Kollegin weigerte sich, die Strafe zu zahlen. Es erfolgte kündigungsgelose Entlassung. Obwohl Herr Ankermit bei der Entlassung sagte, sie solle ihr Geld für die Kündigungsfrist im Kontor holen, erhielt sie dort weder Geld für die Kündigungsfrist, noch rückständigen Lohn. Vielmehr wurde sie vom Forster am Arm gefaßt und zum Fabrikhofe hinaus geführt. Es erfolgte Klage der Kollegin. Bei der Verhandlung war die Firma durch zwei Anwälte vertreten; daß diese in Geschäftsverbindung stehen, ändert an der Sache selbst nichts. In der Versammlung ist auch gesagt worden, daß die Briefumschlagfabrik das Urteil des Amtsgerichts beim Landgericht angefochten hat. Es kam insbesondere darauf an, erstens einmal nachzuweisen, wie man Arbeiterinnen den Lohn vorenthält und dann noch kraft des Geldfades die Rechtsgültigkeit eines ergangenen Urteils hinaus ziehen kann. Nach unserer, für die Firma gewiß unangenehmen, deswegen aber nicht unrichtigen Meinung wäre es besser, wenn die Prozeßgebühren zur Erhöhung des Lohnniveaus Verwendung finden würden, während die Löhne doch zwischen 4-8 Mk., noch dazu bei Akkordarbeit, hin und her. Nur einzelne besonders geschickte und unter sonst günstigen Umständen Arbeitenden gelingt es, etwas höher zu kommen. Seit neuerer Zeit gibt die Firma auch Heimarbeit mit zu einer Bezahlung, die so niedrig ist, daß die Arbeiterinnen bei einer flotten und ununterbrochenen Tagesarbeit auch nur 40-50 Pf. verdienen können. Wenn dann die Firma so tut, als ob alle Arbeiterinnen am Tage des Königsfestes frei zu erhalten gewünscht, so ist das nicht richtig. Nur einzelne Arbeiterinnen hatten, nachdem die Arbeiterinnen für den richtigen Stimulus gefordert, den Wunsch, frei zu bekommen. Daß der Betrieb von mittags 12 Uhr bis nachmittags 3 Uhr stillstand, wird die Firma zugeben, auch ausrechnen können, wieviel Stunden das sind. Sonderbarerweise ist der Wunsch weniger Arbeiterinnen, den König anzusehen, ausreichend zur Stilllegung des Betriebes. Wenn aber die Mehrzahl der Arbeiterinnen Überstunden nicht machen will, dann wird diese Willensäußerung der Arbeiterinnen unbeachtet gelassen; wer sich dann weigert, Überstunden zu machen, wird auf einige Stunden ausgesperrt. Eine kurze Spanne Zeit vor dem Königsfest erging es nämlich einer Anzahl Arbeiterinnen so, sie wollten Überstunden nicht machen. Daher durften sie am folgenden Tage erst in die Fabrik hinein.

Dieß. Sonntag, den 18. November, nachmittags 4 Uhr, tagte in der „Dieß Schmelze“ eine öffentliche Versammlung für Dieß und Umgebung. Kollege Vennert sprach über die Organisation und deren Einfluß. Nach dem Vortrag verbreitete sich Kollege Schulz über die verschiedenen Missetaten und ungleichen Löhne, die auf den hiesigen Ziegeleien vorhanden sind zum Schaden der Kollegen. Es wurde empfohlen, einen gleichen Lohn für Sommer und Winter zur Grundlage der Bezahlung zu machen. Eine solche Regelung findet auch den Beifall der Kollegen. Daß man im Winter mit seinen erhöhten Ausgaben, mit seiner Verkürzung des Arbeitstages auch noch eine Verminderung des Stundenlohnes in Kauf nehmen muß und trotzdem seinen Verpflichtungen als Mensch gerecht werden soll, das hält schmer. Aufgabe der Organisation ist es, hier Wandel zu schaffen, wenn die Kollegen ihrer Pflicht gegen die Organisation Genüge geleistet haben.

Verbandsnachrichten.
Vom 27. November ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:
Oggersheim 260,—, Oberdörlau 68,60, Koffheim 85,19, Dresden 1600,—, Stettin 800,—, Bernburg 500,—, Hildesheim 200,—, Harzburg 30,—, Eisenberg (Pfalz) 26,02, Nürnberg 400,—, Walldorf 180,—, Breslau 600,—, Langensalza 200,—, Götting 200,—, Traunstein 88,42, Leipzig 45,—, Jönitz 26,66, Solingen 13,—, Saargemünd 5,15,—, Burg b. M. 2,—, Harzburg 240,29, Gähmig 90,—, Altona-Ötzenen 1600,—, Harburg 800,—, Hauensteiner Grund 800,—, Thale a. S. 700,—, Elmshorn 400,—, Altenburg (S. A.) 400,—, Ammendorf 200,—, Gäßrow 100,—, Dertlinghausen 10,—, Braunschweig 1600,—, Kiel 1600,—, Hennigsdorf 300,—, Wolfenbüttel 172,73, Klein-Auheim 144,30, Mainz 800,—, Mutterstadt 709,18, Rundenheim 400,—, Hühst a. M. 250,—, Wolfen 150,—, Speyer 600,—, Tegele 400,—, Pöbejuch 400,—, Herbst 300,—.
Schluß: Montag, 3. Dezember, mittags 12 Uhr.

Achtung, Auszahler!
Das Mitglied Wilh. Schmidt aus Bredow, eingetret am 1. Dezember 1902, Buch 47 668, hat wiederholt mit Erfolg sich Reiseunterstützung zu verschaffen gemußt, trotzdem derselbe ausgeteuert ist. Einen Kontrollschein hat derselbe nicht. Wenn das Mitglied den Versuch macht, einen Kontrollschein zu erhalten, so ist das Buch abzunehmen und an uns einzusenden.
Mit kolleg. Gruß
Für den Vorstand: H. Sad.

Zur Erhebung eines Extrabeitrages hat Zustimmung erhalten:
Neu-Zienburg. 5 Pf. pro männliches Mitglied und Woche, 5 Pf. pro weibliches Mitglied und alle vierzehn Tage.
Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.
95 056. Otto Vint, Mündenheim.
6141. Paul Martin, Mündenheim.
87 197. Emil Schubert, Köpenick.
129 636. Jol. Wiesendauer, Ludwigshafen.
167 212. Jof. Smajnski, Ludwigshafen.
71 328. Franz Jörl, Cera (ausgeschlossen).
Eingegangene Zahlstellen.
Weissenau und Koffheim haben sich der Zahlstelle Mainz angeschlossen.
Holzen an Eichershausen.
Neue Adressen und Adressen-Änderungen.
Kallberge. Ernst Burkhart, Schulstraße 8a.
Landau (Gau 7), Georg Orth, Essingen, Untere Kirchstraße 98.
Reudamm (Gau 3), Karl Pieper, Karlstraße 40.

Das Protokoll vom 8. ordentl. Verbandstag ist erschienen. Näheres siehe Nr. 27.

Geschäftsführer-Gesuch.
Die Zahlstelle Alenburg sucht zum 1. Januar eines Geschäftsführer.
Anforderung: Bewerber müssen drei Jahre dem Verbände angehört, agitatorisch tätig sein können und zur Abhaltung von Versammlungen befähigt sein. Offerten mit der Aufschrift „Verbandstag“ sind bis zum 16. Dezember an Unterzeichneten einzusenden.
1,50 A
Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Hannover u. Umgegend.
Zum nächsten Herbst wird ein weitem Ortsbeamter gesucht.
Anforderung: Bewerber müssen drei Jahre dem Verbände angehört, agitatorisch tätig sein können und zur Abhaltung von Versammlungen befähigt sein. Offerten mit der Aufschrift „Verbandstag“ sind bis zum 16. Dezember an Unterzeichneten einzusenden.
1,50 A
Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Kallberge.
Sonntag, den 18. Dezember 1906, abends 7 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei H. Grew.
Tagesordnung: 1. Wahl eines weitem und dritten Bevollmächtigten, 2. Wahl eines weitem und dritten Bevollmächtigten, 3. Wahl eines weitem und dritten Bevollmächtigten, 4. Wahl eines weitem und dritten Bevollmächtigten.
1,50 A
Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Delmenhorst.
Geschäftsführer.
Anforderung: Bewerber müssen drei Jahre dem Verbände angehört, agitatorisch tätig sein können und zur Abhaltung von Versammlungen befähigt sein. Offerten mit der Aufschrift „Verbandstag“ sind bis zum 16. Dezember an Unterzeichneten einzusenden.
1,50 A
Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Speyer.
Geschäftsführer.
Anforderung: Bewerber müssen drei Jahre dem Verbände angehört, eine Abrechnung selbstständig machen und agitatorisch tätig sein können. Bewerbungen sind zu richten an J. Kapp, Hauptstraße, und müssen einen Aufschuß über: „Wie ist die Agitation am besten in ländlichen Ortsteilen zu betreiben?“ enthalten.
1,50 A
Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Langenberg.
Sonntag, den 9. Dezember 1906, nachmittags 2 1/2 Uhr: Generalversammlung in Heilands Lokal.
Tagesordnung: 1. Renowahl des Gesamt-Vorstandes, 2. Die Separation der Zahlstelle betreffend, 3. Beschluß über: „Wie ist die Agitation am besten in ländlichen Ortsteilen zu betreiben?“
1,50 A
Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Billwärdler.
Dienstag, den 11. Dezember 1906, abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn F. Fischer.
Tagesordnung: 1. Aufschuß an Hauptversammlung, 2. Zweite Verbandsversammlung.
1,50 A
Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Eisenberg (S. A.).
Sonntag, den 9. Dezember 1906, nachmittags punkt 3 Uhr: Versammlung im Saale des „Altenburger Hof“ in Eisenberg.
Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht, 2. Bericht über die Bevollmächtigung über das vergangene Jahr 1906, 3. Wahl der Gesamt-Bevollmächtigung, 4. Aufträge und Beschlüsse.
1,50 A
Die Bevollmächtigten.

Notiz-Kalender 1907.

Ein nützlicher Ratgeber, ein unentbehrliches Nachschlagewerk für unsere Kollegen.
Der diesjährige Kalender enthält n. a.:
Aufsere Organisation vom 1. April 1904 bis 31. März 1906. Otto Reimer, Alt-Gründer unseres Verbandes, Biographie und Bildnis desselben. Agitation unter den Arbeiterinnen. Gesellschaftlicher Gehalt unserer Kollegen und Kolleginnen gegen Ausbeutung und Lebensgefahr. Vorkämpfer über Bleifarben und Bleiwerkstoffen. Vorkämpfer für Alkali-Schmelze-Anlagen. Vorkämpfer für Kohlenpulverfabriken und Ziegeleien. Vorkämpfer für Thomas-Schlackenmehl, Zichorienfabriken, Kohlenpulverfabriken und Ziegeleien. Vorkämpfer aus der Unfallschutz-Ziegler-Konferenz. Die Parteien des Reichstages. Winkler für Militäranwärter. Sozialdemokratische und Gewerkschafts-Presse. Die Gewerkschaften im Jahre 1905. Die Arbeitersekretariate. Die internationale Gewerkschaftsbewegung. Die im Jahre 1906 gewählten sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten (Bildnisse). Kalender und n. a. Geschäfts-Kalender. Adressen der deutschen Arbeitersekretariate. Ringtafel. Deutsche Großhändler. Maße und Gewichte. Portolore. Ein vielseitiges Adressenmaterial.
Der Preis ist 50 Pfennig pro Exemplar. Bei mehr als fünf Exemplaren erfolgt portofreie Zusendung. Alle Verbandsorte, welche ihre Bestellungen noch nicht aufgegeben, wollen das sofort tun. Bestellungen sind zu richten an August Broy, Hannover, Münstr. 5, 3. St. I. Der Vorstand.

Für unsere Kinder

Weihnachtsbuch der Gleichheit

Herausgegeben von Marie Zeitlin (Zunder).
Preis kartoniert M. 1.—
Bereine, die eine größere Anzahl Exemplare bestellen, erhalten einen Vorzugspreis.
Das Weihnachtsbuch der Gleichheit besteht aus den beiden Jahrgängen 1905 und 1906 der Zeitschrift „Für unsere Kinder“. Die Ausgabe ist erfolgt auf Grund vielfach geäußerten Wunsches aus dem Kreise proletarischer Frauen. Wir sind überzeugt, daß der reiche Inhalt des Buches den Kindern unserer Proletarier eine nie vergebende Quelle der Unterhaltung und Belehrung bieten dürfte.
Auch auf die Ausstattung, Papier, Druck usw. ist große Sorgfalt verwendet worden, ebenso auf einen guten dauerhaften Einband. Bei Bestellung des Buches wurde dagegen weite Rücksicht genommen auf den Geldbeutel der Arbeiter und Arbeiterinnen.
Wir machen hiermit wieder einen erneuten Versuch, auf dem Gebiete der Jugendliteratur. Möge der Verkauf das Interesse unserer Genossen und Genossinnen erregen. Ein Erfolg würde uns den Mut geben, auf diesem Gebiete immer Vollkommeneres zu erstreben.
Damit mag das Weihnachtsbuch der Gleichheit in die Welt hinausgehen und gut und klein erfreuen.
Stuttgart, November 1906.
Der Verlag der Gleichheit.